

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

29.2.1928 (No. 51)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung
Badischer
Staatsanzeiger
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabat, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerverbreitung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretung Portugals

Der zum portugiesischen Konsul in Mannheim ernannte bisherige portugiesische Vizekonsul Oskar Dünker in Mannheim ist in seiner neuen Eigenschaft zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen zugelassen worden. Sein Amtsbezirk umfaßt die Kreise Mannheim, Seibelberg und Mosbach.

Amerika für den Antikriegspakt

Die Antwort des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg, auf die letzte Note des Herrn Briand zur Frage der Kriegsvermeidung ist gestern in Paris eingetroffen. Kellogg steht auf seinem bisherigen Standpunkt und fordert weiter, daß der Antikriegspakt, wenn er überhaupt zustande kommen sollte, gleichzeitig von Amerika, Frankreich, England, Italien, Deutschland und Japan unterzeichnet werden müsse, wenigstens in erster Linie, und daß sich erst nachher die Mächte zweiten und dritten Grades anschließen könnten. Auf die von Briand vorgeschlagene Achtung allein des „Angelsächsischen“ will Kellogg weniger eingehen als je.

Die neue amerikanische Note legt nochmals eindrücklich dar, daß Frankreich, wenn es seine zweiseitigen Verträge als nicht gegen seine Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund verstoßend betrachte, einem mehrseitigen Vertrag zwischen den europäischen Großmächten und den Vereinigten Staaten ebenso unbedenklich zustimmen könne. Wenn die Mitglieder des Völkerbundes sich nicht ohne Verletzung der Bestimmungen des Völkerbundes untereinander und mit der amerikanischen Regierung auf einen Verzicht des Krieges einigen könnten, so scheint es nutzlos zu sein, überhaupt über einen Vertrag zu verhandeln, sei es ein zweiseitiger oder ein vielseitiger. Das Ideal, das die gegenwärtigen Bemühungen inspiriert, mache gerade wegen seiner Reinheit und Einfachheit Einwendungen unmöglich, und wenn die Regierungen öffentlich zugeben würden, daß sie sich mit diesem Ideal nur in technischem Sinne beschäftigen könnten und auf der Annahme von Vorbehalten bestehen würden, durch die die wahre Bedeutung ihrer eigenen Bemühungen beeinträchtigt, wenn nicht ganz und gar vernichtet würde, so würden sie in der Tat nur ihre Unfähigkeit bezeugen zur lebhaftesten Enttäuschung der gesamten Menschheit.

WV. Paris, 29. Febr. (Tel.) Die Morgenblätter nehmen bereits zu der Antwortnote Kelloggs Stellung. Allgemein kommt man zu der Ansicht, daß die Lage sich durch die Note keineswegs geklärt habe. „Quotidien“ schreibt: Die Antwort Kelloggs ist sehr entmutigend, denn sie bedeutet nur eine Verpflichtung ohne Sanktionen und Garantien, also ein Versprechen und nichts weiter. „Echo de Paris“ sagt: Hier ist uns im Grunde genommen wiederum die amerikanische Note vom 11. Januar aufgefischt worden. Unser Vorbehalt wird von Washington abgelehnt, da er geeignet sei, das neue Instrument der Eintracht zu schwächen.

Die polnisch-litauischen Auseinandersetzungen

WV. Warschau, 29. Febr. (Tel.) „Gazeta Poranna“ schreibt, die litauische Antwortnote sei unklar gehalten und offenbar darauf berechnet, die Annäherung von Verhandlungen mit Polen weiter zu verzögern. Das Blatt meint, daß man erst nach konkreten polnischen Vorschlägen auf die litauische Note mit Sicherheit von polnisch-litauischen Verhandlungen sprechen können. Es bestünde allerdings in gewissen leitenden polnischen Kreisen auch die Absicht, sich wegen des schlechten Willens Litauens im März an den Völkerbundrat zu wenden. Erst nach genauer Prüfung der Note werde man feststellen können, ob auf diesen Schritt verzichtet werden könnte.

Der Stammbaum Mussolinis

WV. Rom, 29. Febr. (Tel.) Die „Opera Nazionale Balilla“ veröffentlicht eine Bekanntmachung, wonach diese „Opera Balilla“ demnächst in ganz Italien ein großes Werk verbreiten werde, daß auf Grund von Stammbäumen und Forschungen in den Archiven beweisen werde, daß die Familie Mussolini ihren Stammbaum bis ins Mittelalter zurückverfolgen könne und mit souveränen Häusern und einer ganzen Reihe von bedeutenden Männern der Wissenschaft und der Kriegskunst verwandt sei.

Dr. Stresemann am kommenden Sonntag in Genf. Wie aus Berlin mitgeteilt wird, wird Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, in Genf voraussichtlich am Sonntag vor-mittag eintreffen, nachdem er am Samstag abend von Cap Martin abgereist sein wird. Staatssekretär v. Schubert hat Dienstag abend Berlin verlassen.

Zu dem Überleitungs-gesetz zur Strafrechtsreform wird in Berlin erklärt, daß das Gesetz aus einem Paragraphen besteht. In diesem wird hervorgehoben, daß die bisher geleistete Arbeit auch im kommenden Reichstag nutzbar gemacht werden soll, doch soll damit kein Zwang auf den kommenden Reichstag ausgeübt werden.

Das Ende der Devisenbeschaffungstelle. Die Generalversammlung der Devisenbeschaffungstelle G. m. b. H. in Liquidation beschloß — wie aus Berlin gemeldet wird — die Beendigung der Liquidation mit dem 29. Februar 1928. Damit hat die Tätigkeit dieser im Jahre 1919 zum Zwecke der Beschaffung und Verteilung von Devisen gegründeten Gesellschaft ihr Ende gefunden.

Letzte Nachrichten

Die Hilfsaktion für die Landwirtschaft

M. Berlin, 29. Febr. (Priv.-Tel.) Im Reichstag beginnt heute die Aussprache über die zweite Lesung des Etats des Ministeriums für Landwirtschaft und Ernährung. Sofort nach dem Berichterstatter des Haushaltsausschusses wird der Reichsernährungsminister Dr. Schiele das Wort ergreifen. Es handelt sich nach dem Beschluß des Hauses darum, die einzelnen Vorlagen des Rotprogramms bei den entsprechenden Etats zu behandeln. Man sieht insolgebeffen gerade diesen heutigen Tag mit großer Erwartung entgegen, da es sich bei den Rotstandsmaßnahmen für die Landwirtschaft um den kritischsten Teil des ganzen Programms handelt und wahrscheinlich im Laufe dieser Debatten sich schon ein Bild darüber gewinnen lassen wird, ob die Durchführung des Rotprogramms überhaupt möglich ist oder nicht.

Die Stellung Chamberlains erschüttert?

M. Berlin, 29. Febr. (Priv.-Tel.) Nach Mitteilungen der Pariser „Chicago Tribune“, die aber mit Vorsicht aufzunehmen sind, soll die Stellung Chamberlains als englischer Außenminister erschüttert sein, und zwar aus verschiedenen Gründen. Einmal ist die Lage in Genf außerordentlich unerfreulich geworden. Chamberlain ist der Berichterstatter des Völkerbundesrats für die ungarische Waffenschießungsaffäre, bei der bekanntlich Italien und Frankreich sich ziemlich scharf gegenüberstehen. Alle Versuche Chamberlains, Mussolini zu einer nachgiebigeren Haltung zu bewegen, sind gescheitert. Mussolini will unter keinen Umständen eine Investigation dulden, da ja Italien an den Waffenschießungen stark beteiligt ist. Der zweite Grund ist in der fruchtlosen Verabschiedung des Unterstaatssekretärs im britischen Außenamt, O'Grady, und der politischen Sekretärin von Chamberlain zu suchen, die auf Grund einer Skandalaffäre — es handelt sich um Spekulationen unter Ausnutzung von Kenntnissen auswärtiger Angelegenheiten — beide entlassen werden mußten. — Man nimmt aber in politischen Kreisen diese Nachricht mit äußerster Skepsis auf.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen

M. Berlin, 29. Febr. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, bestätigt sich die Mitteilung, daß der frühere Minister Hermann in Warschau eingetroffen ist, um neue Verhandlungen mit der polnischen Regierung über den Handelsvertrag, namentlich über die Frage der Valorisierung der Zollsätze aufzunehmen.

Die zweite Internationale und die Abrüstung

WV. Paris, 29. Febr. (Tel.) Die Abrüstungskommission der Zweiten Sozialistischen Internationale hat eine Entschlie-ßung über die allgemeine Abrüstung ausgearbeitet, die vom Vollzugsausschuß der Internationale angenommen wurde und als Grundlage für die Verhandlungen auf dem vom 5. bis 12. August in Brüssel stattfindenden internationalen Kongress dienen soll. Der sozialistische „Populaire“ bringt den Wortlaut dieser Entschließung zum Ausdruck. Sie enthält folgende Forderungen: Obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren. Die Abrüstung darf nicht einseitig durchgeführt werden. In den Staaten, in denen die militärische Dienstpflicht besteht, soll die Zahl der unter den Fahnen stehenden Soldaten in Friedenszeiten auf das unerläßliche Mindestmaß beschränkt und die Ausbildung verkleinert werden. Einschränkungen sollen auch bei Staaten mit Berufsheeren vorgenommen werden. Weiter wird gefordert ein Verbot des Gebrauchs von Gasen und Bakterien für Kriegszwecke, Einschränkung des Gebrauchs von schwerer Artillerie, Kampfwagen, Flugzeugen, Verminderung der Kriegsschiffe, Einschränkung der Ausgaben für Heer und Flotte, nationale und internationale Kontrolle der Herstellung des Handels und der Beförderung von Kriegsmitteln, Verbot, Veröffentlichungen über heimliche Rüstungen zu bestrafen, internationale Aufsicht über die Ausführung sämtlicher Bestimmungen.

Wechsel auf dem polnischen Gesandtenposten in Berlin

WV. Warschau, 29. Febr. (Tel.) Die „Gazeta Poranna“ in gut informierten politischen Kreisen hört, gilt es als sicher, daß der bisherige Gesandte in Berlin, Ojowski, seinen Posten in allerhöchster Zeit verlassen und die Gesandtschaft in Budapest übernehmen wird. Über die Person des Nachfolgers Ojowski sei noch keine Entscheidung getroffen.

Die Arbeitslosigkeit in Amerika

M. Berlin, 29. Febr. (Priv.-Tel.) Wie kürzlich berichtet wurde, ist die Zahl der Erwerbslosen in den Vereinigten Staaten ungewöhnlich groß. Die Gewerkschaften teilen nunmehr mit, daß schon für die nächsten paar Wochen eine weitere erhebliche Steigerung der Arbeitslosen zu erwarten sei.

* Wahlorgen der Deutsch-nationalen

In Deutschland wird es vorab wohl immer so sein, daß die Parteien, welche die Verantwortung für die Regierung zu tragen haben, mit einer gewissen Sorge in den Wahlkampf ziehen müssen. Vor allem dürfte das für den Reichstag gelten. Dort werden die wirklich einschneidenden Maßnahmen und Gesetze beschlossen. Und es ist ohne weiteres verständlich, daß sich der Unwille des Wählers — mag er nun berechtigt sein oder nicht — in erster Linie auf den Reichstag und die ihn beherrschende Mehrheit konzentriert. In den Ländern ist es etwas anders. Oft genug hat man es dort erlebt, daß die regierende Koalition bei Neuwahlen recht gut abschnitt. Aber auch in den Ländern ist es schon vorgekommen, daß diese oder jene der regierenden Parteien bei Neuwahlen unter einer Mißstimmung der Wähler zu leiden hatte, welche lediglich auf die Beschlüsse des Reichstags zurückzuführen waren.

Von den Parteien des Reichstags fürchten nicht ohne Grund die Deutschnationalen am meisten das Ergebnis der im Mai dieses Jahres zu erwartenden Neuwahlen. Und nicht zum wenigsten ist es das Resultat der neuen Bürgerchaftswahlen in Hamburg, welche diese Befürchtungen rechtfertigen. In Hamburg sind bekanntlich durch den Staatsgerichtshof die Bürgerchaftswahlen vom 9. November 1927 für ungültig erklärt worden. Am 19. Februar fanden deshalb Neuwahlen statt. Das Charakteristische daran war die Beobachtung, daß die Deutschnationalen im Vergleich zu dem schon gewiß niederschmetternden Resultat vom 9. November noch rund 5000 Stimmen mehr und damit drei Mandate mehr verloren haben. Es ist also nicht so, daß sich nun etwa in den vier Wintermonaten die Stimmung in einem für die Deutschnationalen günstigem Sinne gewandelt hätte. Im Gegenteil! Die Stimmung ist — zum mindesten in Hamburg — für sie noch kritischer geworden.

Die Sozialdemokraten haben bei den letzten Wahlen in Hamburg dieselbe Stimmzahl zu erringen vermocht, wie am 9. November; dafür haben sie aber, weil die Wahlbeteiligung diesmal größer war, drei Sitze von 63 Sitzen verloren. Die Deutschnationalen werden daran aber kaum viel Freude haben. Denn der Verlust ist einer anderen Linkspartei, den Demokraten, zugute gekommen, welche ihre Stimmzahl um zirka 35 Proz. vermehrten und ihre Mandate von 16 auf 21 vermehrten.

Auch bei den Stadtverordnetenwahlen im Lande Braunschweig haben die Deutschnationalen bzw. die Wahllisten, an denen sie maßgebend beteiligt waren, schwere Verluste erlitten, während die Sozialdemokraten ganz auffallend starke Gewinne erzielten.

Die ganze Hoffnung der Deutschnationalen richtet sich auf das flache Land. Aber auch hier hat sich gezeigt, daß auf die Treue der Wählerschaft nicht mehr fest zu bauen ist. Die Bauern sind allenthalben im Reich schwer verärgert. Diese Tatsache macht sich vor allem in der Bildung und dem Anwachsen von Bauernparteien bemerkbar. In der Erkenntnis, daß die deutschnationalen Parteiflagge den Bauern nicht mehr viel zu sagen hat, haben die Deutschnationalen unter Mitwirkung des früher von den Deutschvolksparteilern nominierten Reichslandbundesführers Hepp eine eigene „Christlich-nationale Bauernpartei“ gegründet. Sie dient ganz offensichtlich dem Zweck, die aussäffigen Bauern bei der Stange zu halten.

Das alles ist natürlich nur ein taktisches Manöver. Und die Bauern werden es sicherlich durchschauen. Sie werden selber einsehen, daß jene christlich-nationale Bauernpartei, wenn erst einmal die Wahl vorüber ist, ihre in den Reichstag gewählten Abgeordneten auf die Bänke der Deutschnationalen schieben wird, genau so, wie es bisher mit den Landtagsabgeordneten geschehen ist. Kein verständiger Mensch macht mehr eine Trennung zwischen Deutschnationalen und Landbund. Man weiß, daß das zwei verschiedene Firmierungen für ein und dieselbe Sache sind. Und die Bauern wissen das auch.

Auf jeden Fall zeigt die Gründung dieser „Christlich-nationalen Bauernpartei“, wie kritisch die Situation bei den Bauern für die Deutschnationalen geworden ist. Nicht nur in den größeren und kleineren Städten, sondern auch auf dem Lande hat diese Partei mit Verlusten zu rechnen, und sie sorgt schon jetzt dafür, daß die Verluste nicht gar zu gefährlich werden.

Deutscher Reichstag

W.W. Berlin, 28. Febr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts für Versorgung und Ruhegehälter

Abg. Rohmann (Soz.) weist darauf hin, daß dieser Haushalt die ungeheure Summe von 1780 Millionen erfordert. Trotz der großen Stierlichkeit der Kriegssopfer wachse von Jahr zu Jahr die Zahl der Versorgungsberechtigten. Im Ausschuß sei von allen Mitgliedern die Situation als geradezu furchtbar bezeichnet worden. Die Sozialdemokratie wolle nicht die berechtigten Pensionsansprüche der Beamten und Seeresangehörigen aufheben, aber sie wende sich gegen die Maßlosigkeit nach oben. Der Redner empfiehlt zur Annahme einer Ausschußentscheidung, in der die baldige Vorlegung eines Pensionsstärkungsgesetzes und eines Pensionsgesetzes für politische Beamte verlangt wird.

Abg. Lauerenz (Deutschn.) erklärt, aus grundsätzlichen Erwägungen sei die deutschnationale Fraktion gegen jeden Versuch einer Pensionsstärkung. Das in der Ausschußentscheidung verlangte Pensionsgesetz für die politischen Beamten werde auch von den Deutschnationalen gewünscht. Ein ungelöstes Problem sei noch immer die richtige Versorgung der aus der Reichswehr Ausscheidenden.

Abg. Lude (B. Vgg.) verlangt die Anrechnung der Wartungszeit der Beamten auf das pensionsfähige Dienstalter. Den Altrentnern, die vor dem 1. April 1920 in den Ruhestand getreten sind, sei bei der Besoldungsregelung schweres Anrecht angetan worden. Die übermäßig hohen Pensionen von Beamten, die daneben noch hohes Privateinkommen haben, seien untragbar.

Abg. Erling (Zentr.) erklärt, seine Fraktion wolle nicht die wohlverordneten Rechte der Beamten antasten. Aber die Auswüchse und Mißbräuche im Pensionswesen müßten beseitigt werden. Leider habe die Regierung trotz des wiederholten Verlangens des Zentrums nicht das Pensionsgesetz für politische Beamte vorgelegt. Auch das Zentrum sei nicht für die dauernde Aufrechterhaltung von Pensionen, die 20 000 M. und mehr betragen. In der Zeit der allgemeinen Notlage müßten auch diese Pensionäre Opfer bringen.

Abg. Bräuninghaus (D. Vp.) betont, daß den Kriegsschädigten gegeben werden müsse, was irgend möglich sei. Es sei weiter eine staatspolitische Notwendigkeit, die ausscheidenden Soldaten in der Zivilversorgung unterzubringen. Ein Pensionsgesetz für politische Beamte müsse bald kommen. Untragbar sei die bisherige Regelung, daß pensionierte Offiziere verhindert würden, mehr zu verdienen, als ihr Gehalt betragen würde, wenn sie noch im Amte wären.

Abg. Brodau (Dem.) empfiehlt zunächst eine Entschlieung seiner Fraktion, die im Etat für 1929 „die Zivilversorgung“ besonders aufzuführen und aus dem Versorgungsetat herauszunehmen will, weil gerade dieser wichtige Versorgungszweig bisher zu kurz gekommen sei. Der Entschlieung, die ein Pensionsgesetz für politische Beamte fordert, stimme die demokratische Fraktion zu. Bei den Deutschnationalen sei es in dieser Beziehung jetzt still geworden, dazu mag wohl auch ihre Denkschrift beigetragen haben, die feststellt, daß von den bisherigen Ministern Pension beziehen: Alle drei Deutschnationalen, alle sieben Volksparteilichen, alle drei bairischen Volksparteiler und alle sechs Zentrumsminister; dagegen erhalten von den acht bisherigen demokratischen Ministern vier Pension und von den 14 sozialdemokratischen nur drei. Einem deutschnationalen Minister habe man eine Pension von 17 000 M. errechnet, indem das Reichsfinanzministerium die zehn Leutnantsjahre dieses Herrn zu Hilfe nahm. Andere bekannte Reichsparteiler bekämen hohe Staatsbezüge, nur weil sie sechs bzw. sieben Wochen Staatssekretär in der Reichskanzlei waren (Härtl, Hirtl bei den Demokraten).

Abg. Weber-Düffelhorst (Komm.) verlangt Erhöhung der Bezüge der Kriegssopfer. Der Redner beantragt ferner Streichung der General-, Admirals- und Ministerpensionen.

Abg. Dr. Frid (Nat.-Soz.) wendet sich gegen die Pensionierung parlamentarischer Minister. Im Aktienrat sei schon eine Pensionierung der Reichstagsabgeordneten erwogen worden.

Präsident Ebe erwidert, ein solcher Plan sei niemals im Aktienrat erörtert worden.

Abg. Knoll (Zentr.) meint, das Niveau des Abgeordneten Dr. Frid sei gekennzeichnet durch seine geschmacklosen Angriffe gegen ermordete Politiker, die dem Vaterlande große Dienste geleistet hätten.

Abg. v. Wamin (Völk.) fordert eine ausreichende Versorgung der früheren Angehörigen der aufgelösten Berliner Schloßgarde. Die Völkischen seien einverstanden mit einem Abbau der sehr hohen Pensionen.

Abg. Lohr (Bahr. Vp.) nimmt die bisherigen Regierungsparteien in Schutz gegen den Vorwurf, daß sie für die Kriegsschädigten nicht genug übrig gehabt hätten. Die Sozialdemokraten hätten zwar viel gefordert, sich aber niemals um die Deckung gekümmert.

Der Teil der Ausschlußentschlieung, der ein Gesetz über Festsetzung einer Höchstpension und Regelung der Pensionsfürsorge bei hohen Arbeitseinkommen fordert, wird in namentlicher Abstimmung mit 278 gegen 120 Stimmen bei acht Enthaltungen angenommen. Dagegen haben die Deutschnationalen, die Deutsche und die Bayerische Volkspartei gestimmt.

Angenommen wird auch der Teil der Entschlieung, in dem ein Pensionsgesetz für politische Beamte gefordert wird.

Die weiteren Ausschlußentschlieungen auf Beihilfe für die alten Veteranen und auf vermehrte Einstellung Versorgungsberechtigter bei den Reichsbehörden werden gleichfalls angenommen.

Nach Ablehnung aller Änderungsanträge wird der Versorgungsetat bewilligt.

Am 18 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch 14 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Landwirtschaftsetat.

Festessen zum 10. Unabhängigkeitstag von Afghanistan. Aus Anlaß des 10. Unabhängigkeitstages von Afghanistan hatte Dienstagabend in Berlin das afghanische Königspaar in das Palais Prinz Albrecht zu einem Festessen geladen, an dem neben dem Reichspräsidenten mehrere Mitglieder des Reichskabinetts und des preussischen Staatsministeriums, Amintus Pacelli und einige Vorkämpfer teilnahmen. An das Festessen schloß sich ein großer Empfang.

Neue Sprengente Braunschweigische Staatsanleihe. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, sind von der Preussischen Staatsbank (Zeehandlung) der Deutschen Bank und der Braunschweigischen Staatsbank 10 Millionen Goldmark Sprengente Braunschweigische Staatsanleihe mit 20jähriger Laufzeit, für die eine verlässliche Tilgung und Gesamtfindung während der ersten fünf Jahre ausgeschlossen ist, übernommen worden. Das Konsortium wird die Anleihe in den nächsten Tagen zu 94,75 Proz. zur öffentlichen Zeichnung auslegen.

Spanien und der Völkerbund. Der „Petit Parisien“ meldet, daß es sich bestätigt, daß die spanische Regierung sich an der Völkerbundversammlung vom September vertreten lassen wolle, und in den Völkerbund zurückzukehren gedenke. — „Daily Telegraph“ schreibt, es sei schon seit langem erwartet worden, daß Spanien diesen Schritt tun werde, falls ihm in Tanger eine wesentliche Erweiterung seiner Befugnisse gemährt werde.

Politische Neuigkeiten

Eine Ebert-Gedächtnisfeier in Berlin

Auf dem Gendarmenmarkt zu Berlin fand Dienstagabend eine vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltete Ebert-Gedächtnisfeier statt. Der Platz war von einer dichten Menschenmenge besetzt. Unter den zur Veranstaltung Erschienenen bemerkte man den Präsidenten des Reichstages, Paul Ebe, den Polizeipräsidenten Dr. Weis und den Gesandten a. D. Hilbrandt, einen der besten Freunde Eberts. Die Gedächtnisrede hielt Staatsminister a. D. Severing. Er führte u. a. aus, daß mit Friedrich Ebert die Republik ihren sichersten Führer, das Reich seinen treuesten Diener verloren habe. Es war dem Präsidenten des Deutschen Reiches nicht vergönnt, den Aufstieg der deutschen Republik nach 1924 wieder zu erleben. Er hat alle Schrecken der sieben mageren Jahre der Republik auskosten müssen. Ebert hat in Weimar die deutsche Verfassung dem deutschen Volke geschenkt. Wir haben sein Vermächtnis zu erfüllen, wir müssen den Rahmen dieser Verfassung mit lebendigem, demokratischem Geiste erfüllen. Die Ausführungen gipfelten in einem von der Tiefenverammlung lebhaft aufgenommenen dreifachen Hoch auf die Republik.

Die Mitglieder der Verfassungskommission

Vor kurzem wurde gemeldet, daß das Reichskabinett sich über die Besetzung der Stellen, die der Reichsregierung in der Verfassungskommission der Länderkonferenz zugestanden wurden, schlüssig geworden ist, und daß es seine Vorschläge den Ländern mit der Aufforderung zugeleitet hat, ihrerseits die neun anderen Mitglieder für diese 18gliedrige Kommission zu berufen.

Von der Reichsregierung wurden laut „Berl. Totalanz.“ folgende Personen berufen: Die Reichsminister von Schulz, Curtius, Köhler und Schädel, der Berliner Staatsrechtslehrer Professor Triepel und der Heidelberger Staatsrechtslehrer Anshütz, der frühere Reichsminister Hamn, Staatssekretär Busch und der Zentrumsabgeordnete Brünning. Spartenkommissar Sämsch wird, als Sachverständiger hinzugezogen werden. Den Vorsitz wird der Kanzler und in seiner Vertretung der Vizekanzler führen, die beide in die Zahl der 18 Mitglieder nicht eingeschlossen sind.

Das neue Kriegsschadensschlußgesetz

Im Reichstagsausschuß für Entschädigungsfragen wurden die wesentlichen Artikel des Kriegsschadenschlußgesetzes in der neuen Fassung angenommen, die sie erhalten haben durch die Anträge der bisherigen Regierungsparteien, die wiederum dem Rotprogramm der Regierung entsprechen. Danach wird die volle Entschädigung, die nach der ursprünglichen Regierungsvorlage sich auf die ersten 2000 M. beschränken sollte, gewährt für die ersten 4500 M. des Grundbetrages. Nach der neuen Staffellung werden dann gewährt für die weiteren 15 500 M. des Grundbetrages 50 Proz., für die nächsten 30 000 M. 80 Proz., für die weiteren 50 000 M. 25 Proz., für die weiteren 100 000 M. 20 Proz., für die weiteren 800 000 Reichsmark 7 Proz., für die weiteren 49 Millionen Reichsmark 5 Proz., für die weiteren 50 Millionen Reichsmark 4 Proz., darüber hinaus 2,5 Proz. übersteigt der Gesamtbetrag 200 000 M., so erhöht sich die Stammenschädigung im Falle der Entwertung in Verbindung mit Wiederaufbau um 8 Proz., im Falle des Wiederaufbaues allein um 3 Proz. des zwischen 200 000 M. und 50 Millionen Reichsmark liegenden Teiles des Grundbetrages. Der Wiederaufbauschluß beträgt für den Teil des Grundbetrages über 200 000 M. bis vier Millionen Reichsmark 3 Proz., über vier Millionen bis 50 Millionen 2 Proz.

Der Härtefonds, der in der ursprünglichen Vorlage 10 Mill. betrug, ist in der neuen Vorlage auf 30 Millionen erhöht worden. Der Antrag auf Bewilligung einer Beihilfe aus dem Härtefonds muß beim Reichsentenschädigungsamt bis spätestens 31. Juli 1928 gestellt werden.

Für Wertpapierschäden, für die eine Nachentschädigung festgesetzt worden ist, beträgt die Entschädigung für die ersten 200 000 M. des Grundbetrages 12 Proz. übersteigt der Grundbetrag 200 000 M., so erhöht sich die Stammenschädigung bei Entwertung in Verbindung mit Wiederaufbau um 5 Proz., bei Wiederaufbau allein um 3 Proz. des zwischen 200 000 M. und 50 Millionen Reichsmark liegenden Teiles des Grundbetrages.

Zu erledigen sind nunmehr nur noch die Verfahrens- und Übergangsbestimmungen, die steuerlichen Bestimmungen und die Schlußbestimmungen.

Das Zentrum für Bewilligung des Panzerkreuzers

Die Reichstagsfraktion des Zentrums beschäftigte sich in ihrer Sitzung, die sich am Dienstag bis in die neunte Abendstunde hinzog, in der Hauptsache mit den Fragen des Wehrstats. Bei dem Teil des Etats, der sich auf die Reichsmarine bezieht, entspann sich eine längere Aussprache, die darin gipfelte, daß die Fraktion mit Mehrheit beschloß, für die Bewilligung des vom Reichswehrminister angeforderten Panzerkreuzers einzutreten. Wie die „D. Allg. Ztg.“ meldet, war für den Beschluß wesentlich die national-politische Rücksicht auf Ostpreußen, die schon von dem Reichswehrminister Dr. Gehler bei der Begründung des Kreuzerbaues in den Vorbergrund gerückt worden war. Wie das Blatt erzählt, wird das Zentrum seinen Einfluß auf Preußen dahin geltend machen, daß die preussische Regierung ihren bei der ersten Lesung des Etats im Reichsrat eingelegten Einspruch nicht mehr aufrechterhalten wird. Das preussische Kabinett müsse also in dieser Frage seine Haltung ändern.

Zur Rhoebusaffäre

berichtet der „Vorwärts“, daß die Verluste, die aus der Beteiligung des Reichswehrministeriums an diesem Filmunternehmen entstanden seien, auf etwa 20 Millionen veranschlagt werden. Hauptschuldiger ist Korvettenkapitän Lohmann von der Seetransportabteilung des Reichswehrministeriums, der mit Geldern aus Reichsfonds diese verlustbringenden Geschäfte unternahm. Durch Beteiligung an der sog. Bacon Co. (Herstellung von Schweinefleischwaren zum Export) sollen Verluste von mindestens 1,1 Mill. Reichsmark entstanden sein. Die amtlichen Untersuchungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen. Die „Frankf. Ztg.“ schreibt: Wichtig wäre, zu erfahren, aus welchen Quellen dem Kapitän Lohmann die Mittel für so große Ausgaben zur Verfügung standen, und noch wichtiger wäre, wenn alle Sicherungen dafür geschaffen würden, daß künftig kein Pfennig öffentlicher Mittel mehr für andere als die im Etat angegebenen Zwecke ausgegeben werden kann.

Der neue hessische Gesandte in Berlin

Der Zentrumsabgeordnete Rechtsanwalt Kauf ist mit Wirkung vom 15. März ab zum hessischen Gesandten in Berlin ernannt worden mit der Vollmacht, die hessische Regierung im Reichsrat stimmführend zu vertreten.

Reichsgericht und Ehecheidung

Namens des Reichskabinetts hat laut „Voss. Zeitung“ Reichsjustizminister Dr. Cserg für heute, Mittwoch nachmittag, die Vertreter der sieben größten Reichstagsfraktionen zu einer Besprechung eingeladen, in der er die Meinung der einzelnen Fraktionen über eine Vorlage sondieren will, die der Entlastung des Reichsgerichts dienen soll. Nach der Vorlage des Reichsjustizministeriums soll eine Bestimmung wieder eingeführt werden, die seit dem 1. Januar 1926 außer Kraft getreten ist. Es soll nämlich gegen das Urteil eines Oberlandesgerichts in einem Rechtsstreit, der die Scheidung oder Aufhebung einer Ehe, oder die Feststellung des ehelichen Lebens zum Gegenstand hat, eine Revision nur dann stattfinden, wenn sie in dem Urteil des Oberlandesgerichts zur Zulassung erklärt worden ist. Begründet wird die Vorlage damit, daß gerade auf dem Gebiete der Ehecheidungen in den letzten Jahren eine starke Belastung des Reichsgerichts eingetreten ist.

Ablauf wichtiger Lohnsteuererfrisen

Das Reichsfinanzministerium weist darauf hin, daß am 29. Februar die Frist abläuft, innerhalb der die Arbeitgeber den Finanzämtern Abrechnungen für 1927 über die außerhalb des Ortes der Betriebsstätte wohnhaft gewesenen Arbeitnehmer einzureichen haben. Bis zum gleichen Tage haben die Arbeitnehmer, für die 1927 Steuermarken verwendet worden sind, ihre Steuerarten mit Einlagebogen an das Finanzamt abzugeben. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß Anträge auf Erstattung von Lohnsteuer für 1927 bis zum 31. März beim Finanzamt eingereicht werden müssen. Verblättern über Lohnsteuererstattung und Antragsvordrucke sind bei den Finanzämtern kostenlos erhältlich.

Der neue ägyptisch-englische Vertragsentwurf

Die Zeitung „Almohattam“ in Kairo gibt unter Vorbehalt die Hauptbedingungen des neuen Vertragsentwurfs wieder, über den zurzeit zwischen England und Ägypten verhandelt wird. Danach würden die englischen Truppen auf den Truppenplätzen weitere fünf Jahre stationiert bleiben. Großbritannien würde Ägypten bei der Reform der Kapitulation unterstützen. Ägypten würde die britischen Berater nach dem Verlauf von fünf Jahren entlassen. Vom Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrages an würde Ägypten als souveräner Staat betrachtet werden, der das Recht hätte, mit fremden Staaten Verträge wirtschaftlicher und kommerzieller Art abzuschließen, während politische Verträge der Genehmigung Großbritanniens bedürften. Die ägyptischen Nationalistenführer betonen zurzeit den Standpunkt, den sie gegenüber dem neuen Vertragsentwurf einnehmen wollen.

Tarifabschluß im Versicherungsgewerbe. Am Dienstag ist zwischen dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsgesellschaften einerseits und den in dem Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Verbänden (Allgemeiner Verband der Versicherungsgesellschaften und Gewerkschaftsbund der Angestellten) andererseits für die Zeit vom 1. April 1928 bis 31. März 1929 der Gehaltsstarif für das Versicherungsgewerbe neu abgeschlossen worden. Die neu vereinbarten Gehaltsätze sehen eine allgemeine Erhöhung der Gehälter um 7,2 Proz. vor. Die übrigen geldlichen Leistungen (Soziale Zulagen, Abteilungsleiterzulagen und Spesenätze) sind ebenfalls erhöht worden.

Savaria eines italienischen Motorschiffes. Die römischen Wälder berichten, daß das große Motorschiff „Augustus“, welches Genua am 27. Februar verlassen hatte, infolge des Durchbruches zweier Kolbenstangen die Fahrt nach Amerika unterbrechen und nach Genua zurückkehren mußte. Selbentag des Stapellaufes dieses Schiffes hatten die Wälder dieses Neubaus als eine große italienische Erzungenschaft gepriesen.

Annahme der französischen Zollnovelle. Die französische Kammer hat Dienstagabend die Zollnovelle in ihrer Gesamtheit mit 408 gegen 74 Stimmen angenommen. Nach Erlebigung der einzelnen Zollpositionen ergriff der Vorsitzende des Zollausschusses, Abg. Jean Bosc, das Wort, um allgemein zu betonen, daß man sich bemüht habe, der Industrie und der Landwirtschaft den gleichen Schutz angedeihen zu lassen und gleichzeitig die Beschäftigung der Arbeiter sicherzustellen.

Kurze Nachrichten

Kündigung in der obereschlesischen Industrie. Die obereschlesischen Metallarbeitergewerkschaften haben am 29. Februar zum 31. März das Arbeitszeit- und Lohnabkommen für die obereschlesische Eisenindustrie gekündigt und zum gleichen Zeitpunkt außerdem das Arbeitszeit- und Lohnabkommen sowie den Manteltarif für die obereschlesische weiterverarbeitende Industrie.

Kündigung des Mehrarbeitsabkommens im Ruhrbergbau. Die vier Bergarbeiterverbände haben, wie aus Essen gemeldet wird, gemeinsam das für den Ruhrbergbau bestehende Mehrarbeitsabkommen gekündigt. Die Kündigungsfrist läuft am 30. April 1928 ab.

Lohnbewegung in der chemischen Industrie. Der Verband der Fabrikarbeiter hat laut „Vorwärts“ den Lohnvertrag für die chemische Industrie der Provinz Brandenburg, einschließlich Berlins, zum 31. März gekündigt. Von dem Vertrag wurden bisher etwa 18 000 Arbeiter erfaßt.

Herr Otto v. Bismarck hat sich, nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“, in Stockholm mit Fräulein Annamari Lemborg verlobt. Der Herr, der heute im 81. Lebensjahre steht, ist als Legationssekretär bei der Gesandtschaft in Stockholm tätig.

Der internationale Automobilverkehr in der Schweiz. Eine Statistik des Züricher Automobilclubs ergibt, daß die Zahl der Automobileinreisbewilligungen für einen vorübergehenden Aufenthalt in der Schweiz von 6742 im Jahre 1909 im letzten Jahre auf 78 954 gestiegen ist.

Ein Vertrag zwischen Großbritannien und Transjordanland wurde in Jerusalem unterzeichnet. Es wird angenommen, daß der Vertrag demjenigen zwischen Großbritannien und dem Irak entspricht.

Annahme der Freigabebill im Senat. Der amerikanische Senat nahm am Dienstag die Freigabebill in der am Freitag von Delegierten beider Häuser festgelegten Kompromißform an. Die Bill geht nunmehr dem Repräsentantenhaus zu.

Zeitschriftenschau

Elegante Welt. Eine Vorschau auf die Frühjahrsmode bringt die sieben erschiene neue Nummer der „Eleganten Welt“. Die beste Übersicht über ihren reichen abwechslungsreichen Inhalt gibt ein Auszug der einzelnen, festend illustrierten Artikel: Die Linien des Frühjahrs. — Die letzten Capricen der Putzmacherkunst. — „Er“ — ein Kapitel über den Mantel. — Riviera-Lennis. — Golf in Cannes. — So sollen Ihre neuen Anzüge aussehen! usw.

Wie kam die badische Besoldungsordnung zustande?

In der sozialdemokratischen Presse Badens gibt der Landtagsabgeordnete A. Weismann eine interessante Darlegung des parlamentarischen Geschäftsganges der badischen Besoldungsordnung. Unter Hinzunahme des Parteipolitischen seien diese Ausführungen wiedergegeben. Abg. Weismann schreibt u. a.:

„Es ist gewiß richtig, daß die Besoldungsordnung, ehe sie an den Badischen Landtag gelangte, schon in verbesserter und sozial ausgleichender Form vom Staatsministerium verabschiedet wurde. Die eingehenden Beratungen und Berechnungen der Regierung und die Stellungnahme der gesamten Beamtenorganisationen am 22. Dezember des vorigen Jahres zu dem Vorentwurf der Besoldungsordnung schufen für den eigentlichen Text der Vorlage nicht denken konnte. Wenn gleichwohl beim Landtag selbst rund 100 Eingaben, bei den einzelnen Abgeordneten auch noch 20 bis 30 (zusammen also etwa 130 Eingaben) bei der gesetzgeberischen Beschließung vorlagen, so wird man daraus die Wünsche, Klagen und Beschwerden der Beamten erklären und würdigen können. Aber der Landtag war zeitlich und auch der finanziellen Auswirkung halber gar nicht in der Lage, auf jedes einzelne Gesuch einzugehen. Die Regierung hätte ihm erklärt, wenn wir diese über 100 Eingaben berücksichtigen müssen, hat eine vollständige Umarbeitung der badischen Besoldungsordnung zu erfolgen. Das würde wochenlang gedauert und eine weitere Verzögerung der Fertigstellung der Besoldungsordnung herbeigeführt haben. Nebenbei bemerkt, sollten die Beamtenorganisationen, wie ich schon wiederholt geschrieben, auf diesem Gebiete eine große Kontingentierung vornehmen und nur Sammelleistungen einreichen. Die Landtagsabgeordneten haben einfach nicht die Zeit, Duzende von Beamteneingaben durchzulesen und sie zur gesetzgeberischen Auswirkung zu bringen. In den Tagen von der Einbringung der Vorlage im Anfang Februar an bis zur Verabschiedung am 24. d. M. wurde der Landtag mit Eingaben förmlich überschüttet. Da kann unmöglich jedes einzelne Gesuch gewürdigt werden.“

So war der parlamentarisch-technische Stand bei Beginn der Beratungen! Sie mußten vertraulich geführt werden. Wenn man 406 Beamtenkategorien eingruppiert hat, wenn logischerweise über die Wertung der Beamten im einzelnen dies oder jenes gesagt werden muß, so können solche Verhandlungen nicht in der vollen Öffentlichkeit und bei täglichen Berichten der Zeitungen geführt werden. Dies liegt im Interesse der Beamten selbst.“

Alle Gesetzesvorlagen brauchen Mehrheiten; erst recht Beamtenvorlagen, da diese im allgemeinen auf starke Gegnerschaft auch bei anderen Erwerbsgruppen stoßen. So mußten also zunächst die badischen Koalitionsparteien (Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten) sich über die Art und Weise klar sein, wie sie den Gesetzentwurf im Landtag gestalten wollten. Das geschah! Dann galt es, diese Mehrheit auszubilden auf Deutsche Volkspartei und Bürgerliche Vereinigung; die Kommunisten sind in den Ausschüssen nicht vertreten. Als Oppositionsparteien standen Volkspartei und Bürgerliche Vereinigung natürlich der Beamtenvorlage anders gegenüber. Nach manderlei Verhandlungen wurde auch mit diesen Parteigruppen eine Verständigung erzielt, eine große Mehrheit war also für die Besoldungsordnung gesichert. Alles dies nahm volle sieben Tage in Anspruch (im Reichstag hat der Beamtenausschuß 30 Sitzungen, das Plenum zwei Sitzungen abgehalten.) Hierzu kam, daß im badischen Ausschuß über jede der zunächst vorliegenden 91 Eingaben einzeln berichtet, jeder einzelne der 51 Paragraphen des Besoldungsgesetzes, jede einzelne Besoldungsgruppe von den 12 vorgezeichneten Gruppen ebenfalls besonders beraten werden mußte. Im Plenum rüdten die Kommunisten mit 65 Anträgen an; der parlamentarische und sonstigen Schwierigkeiten waren mehr als genug vorhanden.“

Im Plenum. Wenn dieses in knapp einhalb Tagen mit der großen Vorlage fertig wurde, trotz der vielen Anträge der Kommunisten, dann war daran, wie schon bemerkt, die gute Vorbereitung des Gesetzentwurfs durch den Haushaltsausschuß schuld, schließlich auch die bekannte parlamentarische Hilfslosigkeit der Kommunisten, die mit einer Beamtenvorlage rein gar nichts anzufangen wußten und allerlei unsinnige und unannehmliche Anträge stellten, so u. a. den, daß das Besoldungsdienstalter bei der Beförderung eines Beamten oder beim Übergang von einer Gruppe in die andere nicht geändert werden darf, ein Vorschlag, der praktisch in der Besoldungsordnung nicht durchzuführen ist. Und überdies hatten die Parteien vereinbart, nur ganz kurze Erklärungen abzugeben. So wurden dann die 65 kommunistischen Anträge in einhalbstündiger Abstimmung sämtlich abgelehnt und die Vorlage mit 52 Stimmen angenommen gegen die Stimmen der Abg. von Au, Hermann, Herle und Joller, sowie der vier Kommunisten. Es folgt nun die Einstufung der badischen Beamten durch die zuständigen Behörden, die Vorlage eines diesbezüglichen Gesetzentwurfes abermals an den Landtag und dann die Aus- bzw. Nachzahlung an die Beamten.“

Handel und Wirtschaft

Berliner Feinschnittnotierungen

| | 29. Febr. | | 28. Febr. | |
|-----------------------|-----------|--------|-----------|--------|
| | Geld | Preis | Geld | Preis |
| Amsterdam 100 G. | 168.31 | 168.65 | 168.31 | 168.65 |
| Kopenhagen 100 Kr. | 112.09 | 112.31 | 112.07 | 112.29 |
| Natalien . . . 100 L. | 22.15 | 22.19 | 22.16 | 22.20 |
| London . . . 1 Pfd. | 20.41 | 20.45 | 20.41 | 20.45 |
| New York . . . 1 D. | 4.1830 | 4.1910 | 4.1825 | 4.1905 |
| Paris . . . 100 Fr. | 16.455 | 16.495 | 16.45 | 16.49 |
| Schweiz . . . 100 Fr. | 80.54 | 80.70 | 80.535 | 80.695 |
| Wien 100 Schilling | 58.95 | 58.09 | 58.95 | 59.09 |
| Bag . . . 100 Kr. | 12.40 | 12.42 | 12.397 | 12.417 |

Der Privatdiskont wurde um ¼ Proz. auf 6½ Proz. herabgesetzt.

Verschiedenes

Rückflug der „Los Angeles“

Die „Francis B. Kanakzone“, 29. Febr. (Tel.) Das Luftschiff „Los Angeles“ trat gestern vormittag 10.15 Uhr den Rückflug an. Es fliegt zunächst nach dem Golf von Guacanayabo (Kuba), wo sein Begleiterschiff „Patola“ vor Anker liegt. Aus Washington wird gemeldet, daß der stellvertretende Marineattaché, Warner, dem Kommandanten der „Los Angeles“ ein Glückwunschk Telegramm sandte, in dem es heißt: Ihre Ankunft ist das wichtigste Ereignis in der Geschichte der Kanakzone seit dem Tage, an dem das erste Schiff den Kanal durchfuhr.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Haushaltsausschuß

Am Dienstag die Beratung des Staatsvoranschlages beim Titel „Hochschulen“ fort. Der Minister erklärte die Erhöhung der Studiengebühren von 50 auf 60 M für berechtigt, da zwischen ihnen und dem Kolleggeld eine Relation hergestellt sei. Die Eingabe der badischen Studentenschaft um Herabsetzung der Studiengebühren wurde durch die Erklärung des Ministers als erledigt betrachtet. Allseits kam der Wunsch zum Ausdruck, den Begriff der „minderbemittelten Studenten“ möglichst weit zu fassen. Auf eine Anfrage bemerkte der Minister, daß die Deutsche Studentenschaft heute nicht mehr als die Gesamtvertretung sämtlicher deutschen Studierenden angesehen werden könne und es daher nach seiner persönlichen Auffassung auch nicht angehe, Zwangsbeiträge für die Deutsche Studentenschaft zu erheben. Von demokratischer Seite wurde um eine vergleichende Darstellung des Gesamtaufwandes für Universitätsstudien ersucht.

Bei dem Titel „Stellvertretung und Dienstausschüsse“ entspannen sich längere Auseinandersetzungen über die Sparmöglichkeit. Der Minister erklärte, er habe den guten Willen, auch an den Universitäten einen gewissen Abbau einzutreten zu lassen. Es sei auch schon gelungen, einzelne Gebiete mit jüngeren Bekräftigten zu besetzen. Aber öfters trete doch die Notwendigkeit ein, um der Universität willen den Kampf um eine wissenschaftliche Größe, die weitgehende Angebote von anderen Universitäten erhalten, erfolgreich aufzunehmen.

Im weiteren Verlaufe der Beratungen gab der Minister eine kurze Übersicht über die Honorierung von Lehraufträgern und über die Vergütungen der Privatdozenten. Über die Stellungnahme der Fakultäten gegenüber jungen Privatdozenten teilte der Minister mit, daß Gelehrte, die nicht eine gewisse Aussicht hätten, mit Erfolg die akademische Laufbahn einzuschlagen, besetzten anderweitig beraten würden.

Im wesentlichen wurden die Positionen, soweit sie die Universität Freiburg (im ordentlichen Etat) betreffen, mit einigen Streichungen bzw. Ermäßigungen angenommen.

Der Ausschuß wandte sich dann der Anforderung von 100 000 M zur Vorbereitung der Neubauten der Universität Heidelberg an, die bewilligt wurde, nachdem ein Zentrumsantrag abgelehnt worden war, sich zunächst mit der Summe von 50 000 M für das Ausschreiben zu begnügen.

Der Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung

Befasste sich am Dienstag zunächst mit einer Eingabe des Vereins der deutschen Strafanstaltsbeamten um bessere Würdigung ihres Berufes im kommenden Reichsstrafvollzugs-gesetz. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß in Baden die Wünsche bereits in der Praxis erfüllt seien. Das Gesuch soll der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen werden.

Die Kommunisten hatten den Antrag gestellt, auf eine Änderung des Reichsgesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hinzuwirken, insbesondere in dem Sinne, daß die Arbeitslosenversicherung allgemein sofort von der Anmeldung an gewährt wird. Der Ausschuß erklärte sich für die Regelfrist von 3 Tagen und lehnte den kommunistischen Antrag ab.

Das Zentrum beantragte, die Regierung zu ersuchen, rechtzeitig alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um Schädigungen zu vermeiden, die durch den Bau einer Auto-mobilstraße Hamburg-Frankfurt-Basel zum Nachteil der Bevölkerung erwachsen können. Es soll hauptsächlich Vorförderung getroffen werden, daß die badischen Gemeinden in die Lage kommen, ihre berechtigten Wünsche und Interessen wahrzunehmen.

Im Verlaufe der Aussprache wurde regierungsseitig erklärt, daß man bisher schon im Sinne des Antrages gehandelt habe. Wenn es zum Bau komme, müsse jedenfalls eine neue Privatgesellschaft gegründet werden, da bei der gegenwärtigen Finanzierung an einen Bau durch den Staat nicht zu denken sei. Ein Kilometer Autostraße werde bei 9 Meter Breite durchschnittlich rund 800 000 M kosten. Die Ausschüßler sind als baldigen Ausbau der Teilstrecke Frankfurt-Mannheim-Heidelberg sehr feinsinnig unglücklich. Allerdings müsse das Reichsverkehrsministerium mehr als bisher entgegenkommen und die Erhebung von Gebühren gestatten.

Der Ausschuß kam zu dem Beschluß, den Zentrumsantrag betreffend die Haftraba als durch die Erklärungen der Regierung erledigt zu erklären.

Danach berichtete Abg. Dr. Neuhard über eine umfangreiche Regierungsbekanntmachung betreffend das Fürsorgeerziehungswesen in Baden. Ende 1926 waren 4001 Fürsorgezöglinge (2312 Knaben und 1689 Mädchen) vorhanden, davon 3520 ehelich und 481 unehelich, nach der Konfession 2290 katholisch, 1683 evangelisch, 68 religionslos usw. In 1262 Fällen lag die Ursache der Fürsorgeerziehung in der Gefährdung durch die Eltern. Bei 258 Fällen führten strafbare Handlungen unzulänglich. In 2001 Fällen führten strafbare Handlungen zum Eingreifen der Fürsorge. Der staatliche Aufwand geht jährlich in die Hunderttausende. Dabei müssen gegenwärtig ¼ der Kosten von den Bezirksfürsorgeverbänden, also von den Gemeinden, aufgebracht werden. Leider ist die Fürsorgeerziehung nicht immer erfolgreich. Immerhin kann damit gerechnet werden, daß etwa die Hälfte bis zwei Drittel der Zöglinge bei ihrer Entlassung als gebessert angesehen werden können.

In der Aussprache wurde von allen Seiten anerkannt, daß Baden auf dem Gebiete des Erziehungswesens in den letzten Jahren wesentliche Fortschritte erzielt hat. Man unterhielt sich namentlich über die Hauptquellen der Verwahrlosung und über die Frage, ob der Anstalts- oder der Familien-erziehung der Vorzug zu geben sei. Der Ausschuß schlägt dem Plenum vor, die Denkschrift zur Kenntnis zu nehmen.

Denkschrift über die Fürsorgeerziehung

Die dem Landtag vorliegende Denkschrift gibt einen interessanten und lehrreichen Einblick in die vom Lande Baden auf dem Gebiete des Fürsorgeerziehungswesens geleistete Arbeit. Ende 1926 waren 4001 Fürsorgezöglinge (2312 Knaben und 1689 Mädchen) vorhanden, davon 3520 ehelich und 481 unehelich, nach der Konfession 2290 katholisch, 1683 evangelisch, 68 religionslos usw. In 1262 Fällen lag die Ursache der Fürsorgeerziehung in der Gefährdung durch die Eltern. Bei 2501 Zöglingen war die häusliche Erziehung unzulänglich. In 288 Fällen führten strafbare Handlungen zum Eingreifen der Fürsorge.

Die Denkschrift erläutert die gesetzlichen Grundlagen der Fürsorgeerziehung und geht auf die praktische Durchführung ein. Auf Ende 1926 waren 2109 Zöglinge in Anstalten, 1613 in Familien untergebracht; 51 waren im Gefängnis. Über die Entwicklung des Fürsorgeerziehungswesens in den letzten Jahren ist zu erwähnen, daß 1916 insgesamt 1194 Fälle neu anhängig geworden sind, im Jahre 1922 1541, womit man den Höchststand erreichte. Die Anstaltszöglinge waren auf 35 Heime verteilt. Die Anstalten sind zum Teil staatlich, zum größeren Teil konfessionell-privat. Der Aufwand der Staatskasse geht jährlich in die Hunderttausende.

Dabei müssen gegenwärtig zwei Drittel der Kosten von den Bezirksfürsorgeverbänden, also von den Gemeinden aufgebracht werden. Leider ist die Fürsorgeerziehung nicht immer erfolgreich. Immerhin kann damit gerechnet werden, daß etwa die Hälfte bis zwei Drittel der Zöglinge bei ihrer Entlassung als gebessert angesehen werden können. Man ist unablässig bemüht, die Fürsorgeeinrichtungen zeitgemäß auszubauen. Zunächst sollen die Anstalten in Stutensee, Pflüdingen und Sinsheim etwas erweitert werden. Aus der Denkschrift geht hervor, wie wichtig eine gute Auswahl und Ausbildung des Erziehungspersonals für die schwierigen, aber auch dankenswerten Aufgabe der Fürsorgeerziehung ist.

Mehr Rücksicht und weniger Lärm!

Die wärmere Jahreszeit belebt die Straßen, Fußgänger und Fahrzeuge nehmen zu. Da ist es wiederum Zeit, zur Vorsicht, aber auch zur Rücksicht zu mahnen. Gilt jener Ruf dem Fußgänger, so dieser insbesondere dem Auto- und Motorradfahrer. Der Feldzug der Polizei in ganz Deutschland gegen rücksichtsloses Fahren und unmäßiges Gucken hätte keine Berechtigung mehr, wenn die Fahrer endlich von der Gelobtheit ließen, vor jeder Straßentkreuzung und vor jedem Einbiegen zu hupen (vor allem nachts!) und statt dessen ihre Geschwindigkeit so verringerten, daß sie ihre Fahrzeuge auf der Stelle anhalten könnten. Wo diese Anstöße aber noch beobachtet wird, sind die Beamten des Verkehrs- und Sicherheitsdienstes gehalten, dagegen einzuschreiten. Sie erfüllen damit nur ihren Dienst und zugleich eine soziale Pflicht.

Ein Versuchsring Freiburg-Ebene

In Anwesenheit von Vertretern der staatlichen, Gemeinde- und Kreisbehörden sowie etwa 400 Landwirten, wurde in Freiburg am Sonntag ein landwirtschaftlicher Versuchsring Freiburg-Ebene gegründet. Die Landräte Geh, Freiburg und Werber, Staufen, wiesen auf die Notwendigkeit des Aufkommens hin, Landwirtschaftsrat Eberhard von der Bad. Landwirtschaftskammer referierte über Ziele und Zwecke der bäuerlichen Versuchsringe, und Veterinär Dr. Schumacher, Freiburg, sprach über das freiwillige Tuberkuloseimpfungsverfahren bei Kindern. Man beschloß die Zuwahl einiger Landwirte aus dem Ringgebiet in den Vorstand.

Aus den Parteien

Eine sozialdemokratische Wahlkreis-Konferenz für den Bezirk Heidelberg stellte den Landtagsabgeordneten Emil Raier als Spitzenkandidat und den Oberregierungsrat Carl Kausch, Karlsruhe, an 2. Stelle für die kommende Landtagswahl im Wahlkreis Heidelberg auf. Für die Reichstagswahl soll Stadtrat Amann an aussichtsreicher Stelle dem Landesparteitag vorgeschlagen werden.

Tagungen

Der Verband selbständiger badischer Schmiedemeister hat Mannheim zum Tagungsort seiner diesjährigen Hauptversammlung, welche in der Zeit vom 12. bis 14. Juni stattfindet, aussersehen. Man rechnet mit einem Besuch von mehreren hundert Personen.

Beamten-tagung in Forstheim. Am 3. und 4. März findet in Forstheim ein badischer Bezirkstag des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten statt, zu dem über 100 Teilnehmer aus dem ganzen Lande erwartet werden; auch rechnet man mit der Anwesenheit von Vertretern des Verbandes aus Darmstadt, Frankfurt, Stuttgart und Berlin.

Gemeinde-Rundschau

Bürgermeisterwahlen. In Rotenfels (bei Gaggenau) wurde an Stelle des aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen Bürgermeisters Baumgart der Baumeister Guber gewählt. Da gegen die Wahl Protest eingelegt wurde, soll am 3. März ein zweiter Wahlgang stattfinden. — In Höttingen (Amt Buchen) wurde mit 624 von 668 abgegebenen Stimmen der Parteibeamte Gustav Schell, bisher an der Volksbank in Hardheim, zum Bürgermeister gewählt.

Der Bürgerausschuß Waldbangelloch (bei Sinsheim) genehmigte die Erbauung einer Wasserleitung mit einem Kostenaufwand von etwa 80 000 M einstimmig, vorbehaltlich eines angemessenen Staatszuschusses.

Der Bürgerausschuß Göttingen hat endlich den Voranschlag in seiner dritten Lesung fast einstimmig angenommen. Als weitere Punkte wurden die Pachttverträge mit den drei Hofpächtern neu geregelt. Ebenso wurde der Wasserzins pro Dabnen und Monat von 60 Pf auf 1 M erhöht. Als letzter Punkt wurde mit 28 gegen 8 Stimmen die Einführung der Gemeindegetränkesteuer beschlossen.

Aus der Landeshauptstadt

Erpreßgutverkehr. Die Reichsbahn teilt uns mit, daß ab 1. März vereinfachte Erpreßgutarten eingeführt werden. Neudrucke sind daher nach dem neuen Muster zu fertigen. Die derzeitige Erpreßgutkarte kann vorläufig noch benutzt werden. Für die Erpreßgutarten nach veraltetem Muster (grüner Rand ohne die Spalte „Bezahltes Gewicht“) ist die Verwendungsfrist bis 31. März 1928 verlängert worden. Auch für die Erpreßgutanhänger werden neue Muster eingeführt.

Badisches Landestheater. Donnerstag, den 1. März, neu einstudiert zum ersten Male „Der Waffenschmied“ unter der musikalischen Leitung von Joseph Keilberth und unter der szenischen Leitung von Robert Lebert. Sonntag, den 4. März, findet eine Aufführung von Richard Wagners „Tannhäuser“ statt. In den Hauptpartien sind beschäftigt die Damen Franz, v. Hartung, Schneider und die Herren Strach, Vogel, Weyrauch, Witt, Dr. Wucherpfennig und Rainbach. Die musikalische Leitung hat Rudolf Schwarz und die Regie Otto Krauß. Die Vorstellung beginnt um 18¼ Uhr. Das 8. Sinfoniekonzert des badischen Landes-theaterorchesters unter der Leitung von Generalmusikdirektor Josef Krips findet am Montag, den 5. März, im Landestheater statt. Als Solist wurde Walter Braunfels verpflichtet, er wird seine eigene Komposition für Orchester und Klavier Op. 21 am Flügel begleiten. Außerdem wird eine Sinfonietta von Janacek zum ersten Male und eine Uraufführung von Alban Berg zu Gehör gebracht.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte. Unter dem Einfluß der vor Westen vordringenden ozeanischen Zone ist der Druck seit gestern über ganz England und dem Festland gefallen, so daß der Schwerpunkt des kontinentalen Hochdruckgebietes jetzt noch östlich von uns liegt; den Tiefdruckgebieten ist damit der Weg über das Festland freigelegt. — Für die nächste Zeit steht fest anhaltend mildes, aber unbeständige Wetter mit zeitweiligen Regenfällen in Aussicht. — Wetterausichten für Donnerstag, den 1. März: wolkig, anhaltend mild, vereinzelte leichte Regenfälle, nach Süden drehende Winde.

Kurze Nachrichten aus Baden

Offenburg, 28. Febr. Der Weinmarkt, der am 6. März hier abgehalten wird, wird die 50. berartige Veranstaltung in Offenburg sein. Die Weinmarktkommission beabsichtigt, aus diesem Anlaß an den Markt eine kleine Fete anzuschließen.

Freiburg, 29. Febr. Auf dem hiesigen Hauptbahnhof erlitt heute früh Direktor Heinrich Schwantje, früherer Intendant des Freiburger Stadttheaters und jetziger Leiter des Pflanzensenders Freiburg, einen Herzschlag, der seinen sofortigen Tod herbeiführte. — Oberjustizrat Viktor Martin, Vorstand des Notariats, ist im Alter von 62 Jahren gestorben.

Freiburg, 28. Febr. Das Freiburger Stadttheater ist mit dem Stadttheater Basel in Verhandlungen getreten zwecks Austausch von Operngastspielen.

Willingen, 28. Febr. Der hiesige Gewerbe- und Handwerkerverein kann im Jahre 1928 das Jubiläum seines 75-jährigen Bestehens feiern. Aus diesem Anlaß soll hier eine große Industrie- und Gewerbeausstellung abgehalten werden, ähnlich der im Jahre 1907 abgehaltenen.

Badenweiler, 28. Febr. Am 2. März wird mit der Wiederaufnahme des Badebetriebs im staatlichen Markgrafenbad die Saison für den Kur- und Badeort Badenweiler eröffnet. Für dieses Jahr ist beabsichtigt, das Hallenschwimmbad zu erweitern.

Murg, 28. Febr. In dem Konkurs der Möbelfabrik Weber betragen die Schulden etwa 200 000 M. Etwa 200 Leute, meistens Arbeiter und kleinere Angestellte haben ihr Vermögen hergegeben, als Anzahlung für zu lieferndes Möbel. Die drei verhafteten Firmeninhaber haben außerdem für dieselben Leute auch zum Teil noch falsche Wechsel in Umlauf gesetzt, wodurch der Betrag auch heranstam.

Vom Henberg, 29. Febr. Das 111. Inf.-Regt. 14 hält vom 28. Febr. bis 7. März d. J. einschließlich auf dem Truppenübungsplatz Heuberg Scharschießkürsungen mit Gewehr und Maschinengewehr ab.

Stühlingen (Amt Balldisshut), 28. Febr. Die umfangreichen Umbauarbeiten des alten Spitals zum Kloster neben ihren Fortgang. In den nächsten Tagen wird mit den Vorarbeiten zum neuen Spital begonnen werden. Die Arbeitsverhältnisse in Stühlingen waren in diesem Winter zufriedenstellend, nur wenige Arbeiter waren längere Zeit ohne Erwerb.

Stuttgart, 29. Febr. Die Schwabengarage, Canstatterstraße 40/46, baut zur Zeit ihren zwei- bis dreistöckigen Hallenbau durch Aufstockung von zwei weiteren Hallen mit je 100 Wagenstandsplätzen aus, so daß in dem Anwesen künftig etwa 450 Kraftwagen untergebracht werden können. Durch diesen ursprünglich erst für 1930 in Aussicht genommenen Ausbau verfügt Stuttgart über die größte Hochhausgarage in Deutschland.

Stuttgart, 29. Febr. Die kolonialen Organisationen des Reiches halten ihre diesjährige Tagung in Stuttgart vom 31. Mai bis 4. Juni ab. Aus Anlaß dieser Tagung wird auf dem Gewerbeballgelände, evtl. unter Angliederung des Stadtparkes, eine Kolonialausstellung, verbunden mit großer Afrikaüberschau, veranstaltet, die von dem eingetragenen Verein „Kolonialausstellung Stuttgart 1928“ durchgeführt wird.

Hochbauwesen bestanden und hierdurch gemäß Verordnung vom 24. Januar 1925 die Berufsbezeichnung „staatlich geprüfter Baumeister“ erlangt:

Behe Alois aus Dainbach, Bender Otto aus Heidelberg, Beutelspacher August aus Langensteinbach, Meier Max aus Graben, Bonn Hermann aus Waldbrunn, Ell Heinrich aus Baden-Baden, Gubmann Erich aus Maxdorf, Kühn Friedrich aus Dügheim, Kunzmann Karl aus Grödingen, Luffi Heinrich aus Karlsruhe, Lutz Kurt aus London, Mall Karl aus Söllingen, Menges Rudolf aus Rauenberg, Menrad Josef aus Singen a. S., Reff Heinrich aus Bretten, Rade Franz aus Baden-Baden, Rall Hermann aus Palmbach, Saetzler Willi aus Mandach, Scheidt Franz aus Grödingen, Schelling Erich aus Biesloch, Stöcker Adolf aus Dreifach, Willig Ernst aus Dreifach, Zeißfelder Albert aus Mannheim-Neckarau.

Parisruhe, den 27. Februar 1928.
Der Minister der Finanzen
J. V. Sammet.

Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Jurufetzungen usw.
der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Ernannt:

Polizeinspektor Nikolaus Schaber in Konstanz zum Polizeioberinspektor in Freiburg.

Ministerium des Kultus und Unterrichts
Planmäßig angestellt:

Fachlehrer Johann Eckard an der Handelsschule in Freiburg.

Versetzt in gleicher Eigenschaft:
Handelslehrer Heinrich Kiede an der Handelsschule in Hornberg an jene in Pforzheim.

Verstorben:
Polizeiwachmeister Josef Lehr in Bruchsal.

Staatsanzeiger

Dem Badischen Kriegsbund wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Geldlotterie erteilt.
Karlsruhe, den 27. Februar 1928.
Der Minister des Innern
J. V. Föhrenbach.

Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Hochbauwesen.
Die Nachgenannten haben die im Februar 1928 abgehaltene Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im

Rheinische Hypothekbank in Mannheim.

Wir laden die Herren Aktionäre zur
56. ordentl. Generalversammlung
auf
Samstag, den 31. März 1928,
nachmittags 3 1/2 Uhr

in das Gebäude der Rheinischen Hypothekbank A 2, 1 hier ein.

Tagesordnung:

1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr; Vorlage der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung. Beschluß hierüber und über die Gewinnverteilung.
2. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
3. Aufsichtsratswahlen.
4. Ermächtigung der Verwaltung zur Übertragung von Rücklagen auf den Pfandbriefversicherungs-Nachbesonns (§ 7 des Hypothekbankgesetzes), wenn dies wegen der Gestaltung des Pfandbriefumlaufs erforderlich erscheint.

Jede Aktie gewährt das Stimmrecht, daselbe kann auch vertretungsweise durch einen anderen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Aktionär ausgeübt werden.

Eintrittskarten zur Generalversammlung erteilen:
die Gesellschaftskasse,
die Rheinische Creditbank und deren sämtliche Niederlassungen.

in Berlin:
S. Weichroder,
Deutsche Bank,
Direction der Disconto-Gesellschaft,
F. Dreufus & Co.,
Hardy & Co., G. m. b. H.

in Frankfurt a. M.:
Commerz- und Privatbank A.-G., Filiale Frankfurt a. M.,
Darmstädter und Nationalbank A. u. A. Filiale Frankfurt (Main),
Deutsche Bank, Filiale Frankfurt,
Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Frankfurt a. M.,
F. Dreufus & Co.,
Frankfurter Hypothekbank,
Lazarus Speyer-Glissen.

in Stuttgart:
Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart,
Württembergische Vereinsbank, Filiale der Deutschen Bank,
ferner die Effekten-Giro-Banken eines deutschen Wertpapierbörsenplatzes für die Mitglieder des Effekten-Giro-Verkehrs.

Hinsichtlich der Anmeldungen zur Teilnahme an der Generalversammlung usw. ist § 43 der Statuten maßgebend:

„Anmeldungen zur Teilnahme an der Generalversammlung sind zuzulassen, wenn sie nicht später als am dritten Tage vor der Versammlung erfolgen. Zur Ausübung des Stimmrechts ist zuzulassen, wer die Aktien spätestens 6 Tage vor dem Versammlungstage bei der Gesellschaft oder bei einer der in der Einladung zur Generalversammlung hiezu bezeichneten Stellen oder bei einem Notar vorzeigt, wogegen ihm eine auf seinen Namen lautende Stimmtaxe ausgestellt wird. Den Anmeldungen zur Teilnahme und zur Erwirkung einer Stimmtaxe ist ein Nummernverzeichnis der vorgezeigten Aktien beizufügen. Die Direktion ist berechtigt, die Hinterlegung der Aktien zu verlangen; in diesem Fall ist die Ausübung des Stimmrechts von der Hinterlegung abhängig.“

Die in § 263 des Handelsgesetzbuches bezeichneten Vorlagen liegen während der daselbst genannten Frist in unserem Geschäftslokale zur Einsicht der Aktionäre bereit.

Mannheim, den 27. Februar 1928.
Rheinische Hypothekbank.

Staubbindemittel Lydtinol, E'

das straßenverbessernde, dem Sprengwasser zuzusetzende Staubbekämpfungsmittel

KALTASPHALT

die sechzigprozentige reine Bitumen-Emulsion für Straßenbehandlung

Nach den von keinem Auslandspatent abhängigen Verfahren von Dr. Lydtin, Karlsruhe, hergestellt. Von hervorragenden Fachleuten glänzend begutachtet 161

Alleinhersteller:
ZELLER & GMELIN
Eisingen/Fils (Württemberg)

Tätiger, energischer
Saucier (Küchenchefstellvertreter)
für ein größeres erstkl. Bierrestaurant in München für sofort oder später
gesucht 194

Jahresposten, Offerte mit Bild und Zeugnisabschriften unter M. Z. 992 befördert Rudolf Mosse, München

Den Schutz von Wasserfröschen.
Nachstehend bringen wir die mit Erlaß des Herrn Landeskommissärs vom 24. Februar 1928 für vollziehbar erklärte bezirkspolizeiliche Vorschrift über den Schutz von Wasserfröschen zur öffentlichen Kenntnis.

Auf Grund des § 143 Ziffer 3 Pol. Str. G. B. wird zur Bekämpfung der Schnakenplage für den Amtsbezirk Karlsruhe mit Zustimmung des Bezirksrats und nach Vollziehbarerklärung durch Erlaß des Herrn Landeskommissärs vom 24. Februar 1928 mit sofortiger Wirkung nachfolgende bezirkspolizeiliche Vorschrift erlassen:

§ 1.
Das Fangen und Vernichten von Wasserfröschen ist nur auf Grund einer besonderen Erlaubnis des Bezirksamts zulässig.

Mafnahmen, die geeignet sind, die Entstehung oder Vermehrung von Wasserfröschen zu verhindern, oder zu hemmen, oder Wasserfrösche zu vertreiben, kann in Gemeinden oder in Teilen von Gemeinden, in denen Schnaken vorkommen, dem Bezirksamt verboten werden.

§ 2.
Froschenteufel von Wasserfröschen, gleichgültig, ob diese Frösche innerhalb oder außerhalb des Amtsbezirks gefangen sind, dürfen innerhalb des Amtsbezirks weder feilgeboten noch angekauft, noch sonstwie in den Verkehr gebracht werden. Ebenso ist das Aufsuchen von Nestungen auf Froschenteufel von Wasserfröschen, das Befördern sowie das Verarbeiten verboten.

§ 3.
Zwischenhandlungen gegen diese Vorschriften werden gemäß § 143 Ziffer 3 mit Geld bis zu 150 M oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. D.-Z. 12.
Karlsruhe, den 27. Februar 1928.
Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion.

M. 630. Karlsruhe. Aber das Vermögen der Firma Konrad Rod, Ing. Lydia Rod geb. Koch, Putzgeschäft in Karlsruhe, Erbprinzenstraße 21, wurde heute nachmittags 5 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Knob hier. Konkursforderungen sind bis zum 18. März 1928 bei dem Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigeraussschusses, zur Entscheidung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am **Mittwoch, 21. März 1928, vormittags 9 1/2 Uhr**, vor dem Amtsgericht hier, Akademiestraße 4, II. Zimmer Nr. 139. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an die Gemeinschuldnerin leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 13. März 1928 anzuzeigen.
Karlsruhe, 24. Febr. 1928.
Geschäftsstelle des Bad. Amtsgerichts A 6.

Sommer-Semester 1928. UNIVERSITÄT KÖLN.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche, Rechtswissenschaftliche, Medizinische (auch vor-klinische Semester) und Philosophische Fakultät.
Kaufmännisches und Handelslehrer-Studium.
Vorlesungsbeginn: Montag, den 30. April. Die Einschreibefrist läuft vom 16. April bis 5. Mai. Das Vorlesungsverzeichnis kann vom Universitäts-Sekretariat gegen Einsendung von 50 Rpf. (dazu Porto 15 Rpf.) bezogen werden. 193

Öffentliche Sparrasse Geelbach bei Lahr.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

| Vermögen. | | Schulden. | |
|--|-----------|-------------------------|-----------|
| Kassenbestand | 3 394,60 | Spareinlagen | 74 340,43 |
| Rückstände | 1 900,03 | Anlehensschulden | 15 000,— |
| Guthaben bei Girozentrale und Banken | 14 294,23 | Rücklagen vom Jahr 1925 | 3 456,67 |
| Darlehen auf Hypothek und Schuldschein | 79 868,99 | Aufwertungsbeitrag | 4 588,90 |
| Fahrrasse | 162,80 | Reingewinn | 2 234,65 |
| | 99 620,65 | | 99 620,65 |

Berechnung der Rücklagen.

Die gesetzlichen Rücklagen haben zu betragen:
8% aus 74 340,43 M = 5 947,23 M
Sie betragen 5 691,32 M
Mithin zu wenig 255,91 M

Der Verwaltungsrat.

Güterrechtsregister.
Karlsruhe, M. 624
Güterrechtsregister-einträge.

1. Zu Band I Seite 41: Gunter, Hermann, Kaufmann, Karlsruhe und Auguste geb. Geiger. Vertrag vom 13. Februar 1928. Gütertrennung. 16. II. 28.

2. Seite 42: Walter, Hermann, Kaufmann, Karlsruhe und Verta geb. Unterwagner. Vertrag vom 15. Februar 1928. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 22. II. 28.

3. Seite 43: Peter, Ernst Wilhelm, Schreiner in Habsoll und Karlsruhe und Verta geb. Mengenthaler. Vertrag vom 28. Januar 1928. Gütertrennung. 22. II. 28.

4. Band X Seite 22: Löwe, Richard, Weingroßhändler, Karlsruhe und Maria Elisabeth geb. Notter. Vertrag vom 16. Februar 1928. Unter Aufhebung des bisherigen Güterstandes, Gütertrennung. 22. II. 28.

5. Band I Seite 44: Grimm, Wilhelm Karl, Kaufmann, Karlsruhe und Pauline geb. Neuf. Vertrag vom 9. Februar 1928. Gütertrennung. 23. II. 1928.

6. Seite 45: Sirebel, Karl, Kaufmann, Karlsruhe und Emilie Verta geb. Lindenmann. Vertrag vom 17. Febr. 1928. Gütertrennung. 23. II. 28.

7. Seite 46: Blanc, Franz, Kaufmann, Karlsruhe und Katharina geb. Jädel. Vertrag vom 17. Februar 1928. Unter Aufhebung des bisherigen Güterstandes, Gütertrennung. 23. II. 28.

8. Seite 47: Sauer, Willi, Elektrotechniker, Karlsruhe und Elise Katharina geb. Diez. Vertrag vom 21. Februar 1928. Gütertrennung. 23. II. 28.

9. Seite 48: Kaiser, Georg, Mechaniker, Karlsruhe und Anna geb. Zwitner. Vertrag vom 15. Februar 1928. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 24. II. 28.

10. Seite 49: Schorle, Gustav Adolf, Mechaniker, Karlsruhe und Rosa Karoline geb. Weiß. Vertrag vom 13. Februar 1928. Gütertrennung. 24. II. 1928.
Amtsgericht Karlsruhe.

Rittergüter und kleinere Güter

mit besten und mittleren Bodenklassen haben wir Auftrag, sehr preiswert zu verkaufen. Selbstkäufer mit nachw. Anzahl. wollen sich direkt an uns wenden. 147 Betreibesgeschäft, **Fraust & Alexander, Frankfurt a. M., Dder, Abt. Vermittlung**



Badisches Landestheater

Donnersta, 1. März 1928
D 19 (Donnerstagniete)
Th.-Gem. 901—1000
Neu einstudiert

Der Waffenschmied

von Rorking
Musikalische Leitung:
Joseph Keilberth
In Szene gesetzt von Robert Lebert

Stadinger Vogel
Marie Schneider
Liedenau Beyrauch
Georg Laufhütter
Adelhof Löfer
Armentraut Weiner
Drenner Gröbinger
Gefelle Uras

Anfang 20 Ende nach 22 1/2
I. Rang und I. Sperrfisch
7 M

Fr. 2. März: Gastspiel des Burgtheaters Wien:
Die Kaffeete

Sa. 3. März: Zum ersten Male: Elion

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599
Heute Mittwoch 8 Uhr
Abschiedsvorstellung
Die große
REVUE
Das lebende
Magazin